Zeitschrift: Widerspruch : Beiträge zu sozialistischer Politik

Herausgeber: Widerspruch

Band: 36 (2017)

Heft: 69

Artikel: Lily for President 2048! : Wie die amerikanische Linke auf Trump reagiert

Autor: Suter, Lotta

DOI: https://doi.org/10.5169/seals-780985

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist die Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften auf E-Periodica. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Zeitschriften und ist nicht verantwortlich für deren Inhalte. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern beziehungsweise den externen Rechteinhabern. Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen sowie auf Social Media-Kanälen oder Webseiten ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. Mehr erfahren

Conditions d'utilisation

L'ETH Library est le fournisseur des revues numérisées. Elle ne détient aucun droit d'auteur sur les revues et n'est pas responsable de leur contenu. En règle générale, les droits sont détenus par les éditeurs ou les détenteurs de droits externes. La reproduction d'images dans des publications imprimées ou en ligne ainsi que sur des canaux de médias sociaux ou des sites web n'est autorisée qu'avec l'accord préalable des détenteurs des droits. En savoir plus

Terms of use

The ETH Library is the provider of the digitised journals. It does not own any copyrights to the journals and is not responsible for their content. The rights usually lie with the publishers or the external rights holders. Publishing images in print and online publications, as well as on social media channels or websites, is only permitted with the prior consent of the rights holders. Find out more

Download PDF: 28.11.2025

ETH-Bibliothek Zürich, E-Periodica, https://www.e-periodica.ch

Lotta Suter

Lily for President 2048!

Wie die amerikanische Linke auf Trump reagiert

Schon am Tag nach Donald Trumps Amtseinsetzung Mitte Januar gingen in den USA rund vier Millionen Menschen auf die Strasse, um gegen die neue, rassistische, sexistische und nationalistische Regierung zu protestieren. Es war die grösste Kundgebung seit den Protesten gegen den Vietnamkrieg der 1960er- und 1970er-Jahre. Die Opposition formierte sich im Gegensatz zur damaligen Friedensbewegung über Nacht. Und der Protest wurde diesmal inhaltlich und personell von Frauen gestaltet und getragen. Demonstriert wurde nicht bloss in den grossen Metropolen wie New York, San Francisco und Los Angeles, sondern in über fünfhundert zum Teil ziemlich provinziellen Städten im ganzen Land.

In mein 8000-Seelen-Städtchen Montpelier, Vermont, drängten sich am Women's March 30 000 Menschen, die meisten in rosa Pussyhats, mit den verschiedensten Anliegen, vom Weltfrieden über Black Lives Matter bis zur Defluoridierung des lokalen Trinkwassers. Ein kleines Mädchen zeigte stolz sein handgemaltes Plakat: «Lily for President 2048!». Sie war gewissermassen das Vorzeigekind der neu entstehenden Protestbewegung: jung, weiblich, optimistisch. Schliesslich trat der Vermonter Senator Bernie Sanders ans Mikrofon und sagte knapp und klar: Donald Trump ist ein pathologischer Lügner und Betrüger. Und: Lasst euch in eurem Widerstand nicht auseinanderdividieren! Tosender Applaus, dann dämpfte eine ältere Mitdemonstrantin allfällig aufkommende Euphorie; sie erzählte mir, wie sie bereits in den 1960er-Jahren in Mississippi gegen den Rassismus marschiert sei. Fünfzig Jahre später müsse sie immer noch gegen die gleiche Scheisse demonstrieren. Unheimlich sei das.

Der Geist von Davos oder von Porto Alegre?

Wo immer ich mich in den USA umhöre, treffe ich seit der Wahl von Donald Trump auf gleichermassen intensive und ambivalente Reaktionen: Angst und Abscheu vor der neuen rechtsextremen Regierung, Ermutigung und vorsichtige Hoffnung angesichts der wachen und engagierten Zivilgesellschaft. Die in New York lebende britische Journalistin Laura Flanders, die

ich im Januar für die *WOZ Die Wochenzeitung* interviewte, sagt es so: «Die alte Politik hat ausgedient. Erleben wir nun das Erstarken einer neuen fortschrittlichen Bewegung, die versteht, wie Klassenherrschaft, Rassismus und Sexismus zusammenhängen? Oder wiederholen wir sozusagen die letzten Tage der Weimarer Republik?» (Flanders 2016)

Auch der linke Soziologe und Historiker Immanuel Wallerstein, der mit seinen 86 Jahren ein beachtliches Stück Zeitgeschichte persönlich überblicken kann, glaubt: «Wir befinden uns mitten in einem historischen Strukturwandel vom kapitalistischen Weltsystem, in dem wir die letzten fünfhundert Jahre gelebt haben, zu einem von zwei Nachfolgesystemen – einem nichtkapitalistischen System, das die schlimmsten Eigenschaften des Kapitalismus fortführt (Hierarchie, Ausbeutung, Polarisierung) und seinem Gegenteil, einem System, das relativ demokratisch und egalitär ist. Ich bezeichne das als Kampf zwischen dem Geist von Davos und dem Geist von Porto Alegre.» (Wallerstein 2017, Übers. der Autorin)

Angriffe auf die Vernunft

Eine solch dramatische Zuspitzung der aktuellen Lage wird von Präsident Trump selbst mit seinen grössenwahnsinnigen Tweets, seinen machttrunkenen Dekreten («executive orders») und seiner nazifreundlichen Entourage nach Kräften geschürt. Angesichts seiner grotesken und ausgefallenen Selbstinszenierung geht oft vergessen, dass rechtskonservative und radikal neoliberale Kreise seit Jahrzehnten den Boden für die jetzige Politik vorbereitet haben. Die Reaganomics der 1980er-Jahre kulminieren nun in der «Dekonstruktion des administrativen Staates», so der Kampfbegriff, den der rechtsextreme Chefberater Stephen Bannon am 23. Februar 2017, kurz nach der Amtseinsetzung von Donald Trump, am Jahrestreffen der Conservative Political Action Conference aufgestellt hat. Abgebaut oder ganz abgeschafft werden sollen staatliche Wirtschafts- und Umweltregulierungen, Steuern und Sozialwerke sowie internationale Abkommen. Ziel der US-Rechten ist der nackte Polizeistaat, der den Besitz und die Besitzenden gegen innere und äussere Feinde verteidigt.

Die Terroranschläge vom 11. September 2001 hatten die Legitimierung und Verschärfung von Militarismus, Nationalismus und Fremdenfeindlichkeit in den USA noch beschleunigt. Der damalige Vizepräsident Dick Cheney sagte offen, die USA müsse sich im Kampf gegen den Terror selbst auf die dunkle Seite begeben. Es folgte die US-Invasion im Irak, Folterungen u. a. in Abu Ghraib und Guantánamo, die staatliche Überwachung von US-Bürgerinnen und -Bürgern, die Verleumdung von jeglichem politischen Dissens als Verrat, die Angriffe der Exekutive auf die rechtsprechende Ge-

walt, eine Häufung von Korruptionsskandalen im entfesselten Kapitalismus der Kriegswirtschaft und schliesslich die Weltwirtschaftskrise.

Bereits 2007 warnte die US-Feministin Naomi Wolf – begrifflich etwas überhitzt – vor faschistoiden Tendenzen der US-Regierung und vor dem «Ende des (freien) Amerika» (Wolf 2007). Im gleichen Jahr analysierte Al Gore, der einstige Vizepräsident Bill Clintons, in seinem Buch *Angriff auf die Vernunft* (Gore 2007), wie rechtskonservative Kreise Wissenschaft, Wahrheit sowie die Rolle einer vernünftigen Debatte in Politik und Öffentlichkeit systematisch torpedierten. Auch ich selber schrieb 2008 schon über die unlauteren Wahrheitsmacher im Weissen Haus, über feministische Rückschläge in der Macho-Kriegskultur, über den Krieg als Geschäft, über Folter und Korruption (Suter 2008). Es sei eine gefährliche und instabile Zwischenzeit, konstatierte ich, ein akuter Ausnahmezustand, der sich so auf Dauer nicht halten lässt.

Die zwei Amtsperioden der gemässigt demokratischen Regierung von Barack Obama haben den Rechtsrutsch und den radikalen Neoliberalismus in den USA verlangsamt und stellenweise aufgeweicht, ihn jedoch nicht aufzuhalten oder gar umzukehren vermocht. Nicht zufällig erhielt der abtretende Präsident Obama bei seiner Abschiedsrede in Chicago am 10. Januar 2017 an zwei Stellen brausenden Applaus. Das erste Mal, als er die Erfolge seiner linksliberalen Identitätspolitik beschrieb: mehr Rechte für LGBTQ (Lesben, Schwule, Bisexuelle, Transgender, Queer), für Frauen und ethnische Minderheiten. Zum zweiten Mal, als er den Rassismus mit der Klassenfrage verknüpfte und über die rechte Identitätspolitik sagte: «Solange jedes Wirtschaftsthema als ein Kampf zwischen der hart arbeitenden weissen Mittelklasse und nichtsnutzigen Minderheiten dargestellt wird, werden Lohnabhängige jeder Schattierung um Brosamen streiten, während sich die Reichen noch weiter in ihre privaten Enklaven zurückziehen.»

Genau diese rechtspopulistische Politik verfolgen nun aber die Regierung Trump und der republikanisch dominierte Kongress. Ihr Rassismus, Sexismus und militanter Nationalismus ist eine Fortsetzung von Cheneys dunkler Seite, des Forever War, des Ewigen Krieges. Denn vornehmlich die Hochfinanz, der militärisch-industrielle Komplex und die Öl-Lobby hatten mächtig vom Post-9/11-Ausnahmezustand profitiert. Diese Kriegsgewinnler sträubten sich unter Präsident Obama, der sie immerhin aus der Krise freigekauft hatte, nur schon gegen die Rückkehr in den «normalen» Kapitalismus. Nun beschenkt ein gewissenloser Immobilienhändler diese Kreise – und vorab sich selbst – mit lukrativen neuen Aufträgen und Steuergeschenken, mit noch mehr Deregulierung und Militarisierung sowie der Umverteilung des Reichtums nach oben. Der Plebs verkauft er den alten, sauer gewordenen Wein in neuen Schläuchen aus glänzendem Narrengold (sprich weissem hypermaskulinem Nationalismus).

Der Widerstand gegen die Regierung Trump wird durch die historische Verortung nicht weniger dringlich. Doch die linken Themen und Strategien bleiben eher geerdet in der politischen Realität. Die Demonstrierenden sind weniger anfällig für die neuesten Täuschungsmanöver aus dem Weissen Haus oder vom pompösen Golfplatz Trumps in Mar-a-Lago.

Unsere Revolution

Es ist in der aktuellen US-Medienlandschaft nämlich gar nicht so einfach, einen einigermassen kühlen Kopf zu bewahren. Mich selber befiel unmittelbar nach der Wahl von Donald Trump ein ähnliches Infofieber wie 2003 nach der Invasion im Irak: Die Skandale jagen sich, eine katastrophale Nachricht verdrängt die andere, man sucht nach Hoffnungsschimmern, nach Ansätzen von Widerstand.

Bekannte von mir schreiben Tag für Tag Protestnoten an Präsident Trump oder bedrängen ihre Abgeordneten im Kongress mit Anrufen. Wer in den grossen Städten wohnt, verabredet sich am Wochenende mit Freundinnen und Freunden zur nächsten Demo auf der Strasse oder am Flughafen. Protest ist zum neuen Lifestyle geworden. BürgerInnenversammlungen füllen die US-amerikanischen Gemeindesäle und diskutieren die neusten Verlautbarungen aus Washington DC. Lokalregierungen erklären immer mehr Städte, ja ganze Bundesstaaten zu «sanctuary zones», das heisst, sie verweigern die Zusammenarbeit der örtlichen Ordnungskräfte mit der nationalen Immigrationsbehörde. Einzelne Kirchen öffnen ihre Tore für Sans-Papiers, die abgeschoben werden sollen. Aktivistinnen und Aktivisten halten Workshops zum Thema Widerstand. Sogar in klassischen Konzerten und auf Kunstausstellungen wird nun regelmässig auf die politische Lage Bezug genommen und die Weltoffenheit des kulturellen Schaffens betont.

Am Women's March Mitte Januar hatte sich bereits abgezeichnet: Ein sehr diverser und breiter Teil der Zivilgesellschaft in den USA widersetzt sich in der einen oder andern Form dem Versuch der Trump-Regierung, das Land in die weissen, patriarchalischen, nationalistischen 1950er-Jahre zurückzuführen. Doch was hält die Protestwilligen zusammen, was gibt ihnen Orientierung und Halt?

«Ich bin schon da!», sagt, wie der Igel im Märchen, der Ex-Präsidentschaftskandidat und einzige sozialistische Senator der USA, Bernie Sanders. Er versucht unermüdlich und unverdrossen, die politische Energie rund um seine spektakulär erfolgreiche Kampagne in die Trump-Zeit hinüberzuretten. Seine gut organisierte Gruppierung heisst programmatisch «Our Revolution» und setzt sich zum Ziel, die US-amerikanische Demokratie wiederzubeleben, linke Politikerinnen und Politiker zu unterstützen und das allge-

meine politische Bewusstsein anzuheben. Das ist eine gute, jedoch etwas farblose Klammer für progressive Politik. Die Frage bleibt: Woraus besteht der Kitt einer mehrheitsfähigen sozialen Bewegung, die man in den USA im Gegensatz zum deutschen Sprachraum ohne weiteres als Linkspopulismus bezeichnen würde? Wie konstituiert sich ein solch inklusiver Populismus, der anders als der Rechtspopulismus ohne das Mobilisierungspotenzial von Sündenböcken und bequemen Feindbildern auskommen will und muss?

Aufgrund von Gesprächen und Beobachtungen der vergangenen Wochen und Monate stelle ich folgende vorläufige Thesen zur Diskussion:

1. Nur eine starke soziale Bewegung mit eigenständigen moralischen Werten und politischen Prioritäten kann den rechtspopulistischen Trumpismus bremsen und überwinden.

Donald Trump hat begriffen, dass er gleichzeitig als Führer einer «Anti-Establishment-Bewegung» auftreten und die Macht im Staat via die etablierte republikanische Partei erringen kann. Er führt diese Doppelstrategie auch als Regierungschef weiter, denn sobald er seine Rolle als Volkstribun aufgibt, verliert er an realer Macht. Als Populist ist Trump weit verwundbarer denn als US-Präsident mit beträchtlichen Exekutivbefugnissen. Das beginnt sich bereits abzuzeichnen. Sein militaristisches und wirtschaftsfreundliches Budget kürzt genau die sozialen Programme, die für seine einkommensschwache Basis lebenswichtig sind. Eine starke Bewegung, die einerseits die Politikerinnen und Politiker im Kongress von links unter Druck setzt und andererseits den Volksmilliardär selbst moralisch, politisch und ökonomisch dekonstruiert, hat die besten Chancen auf Erfolg.

2. Die neue soziale Bewegung braucht Visionen; sie kann sich nicht auf die Verteidigung des Status quo beschränken.

Jahrzehntelang hat die traditionelle Linke im Westen den Sozialstaat gegen die schärfsten Angriffe des Neoliberalismus verteidigt. Auch die Regierung Obamas und die Kampagne von Hillary Clinton wiesen in diese Richtung, doch der Enthusiasmus der Bevölkerung über diesen «Neoliberalismus light» blieb gedämpft. Zu offensichtlich waren die Schwächen dieser Kompromissstrategie geworden. Zu zahlreich ihre Verliererinnen und Verlierer. Zu alternativlos die Perspektive.

In dieses Vakuum platzte Präsidentschaftskandidat Bernie Sanders mit seiner klaren politischen Alternative: eine soziale Demokratie, die die Grundbedürfnisse wie Wohnen, Nahrung, medizinische Versorgung oder Bildung für alle Menschen einer Gesellschaft sichern will, indem sie sie als Rechte und nicht als blosse Waren begreift. Das Echo auf das eher trocken präsentierte Gesellschaftsbild war überwältigend. Kein Mensch, vor allem kein Mensch aus der jüngeren Generation, störte sich daran, dass Sanders

seine Vision «Sozialismus» nannte; ein Begriff, der seit dem Kalten Krieg als «unamerikanisch» galt, als absolutes Tabu. Die zwanzig- und dreissigjährigen Bernie-Fans hielten sich nicht an den alten politischen Zopf, sondern sahen im demokratischen Sozialismus eine frische, in den USA noch unverbrauchte Idee. Zwar waren die demokratische Partei und die Mehrheit der demokratischen Wählerinnen und Wähler letztes Jahr noch nicht bereit, die «sozialistische» Neuorientierung zu wagen. Doch Sanders Kampagne war ein kultureller Gewinn: Egalitäre Ideale erhielten neuen Auftrieb. Die politische Aufmerksamkeit richtete sich auf die Commons, die Allmenden, die wir dem Markt entziehen und als Gemeinschaft unterhalten und bestellen sollten. Das ist ein vielversprechender Anfang.

3. Die neue soziale Bewegung der USA muss und wird Identität und die soziale Frage zusammenbringen und die Lebens- statt Arbeitswelt ins Zentrum ihrer Politik stellen.

Nach der verlorenen Wahl (immerhin gingen mehr als drei Millionen Stimmen mehr an die Demokratin Clinton) übte sich die US-Linke in Schuldzuweisungen. Zu viel Identitätspolitik, zu wenig soziale Frage lautete der Hauptvorwurf. Zu viel Gewicht auf Transgendertoiletten und Polizeigewalt gegen Schwarze, zu wenig Verständnis für die überflüssig gewordenen Industriearbeiter und die verarmte Landbevölkerung. Stimmt, Hillary Clinton hat die ökonomischen VerliererInnen der letzten Jahrzehnte der Umverteilung nach oben zu wenig in den Blick genommen. Doch die Korrektur des wirtschaftlichen Ungleichgewichts ist nicht so einfach. Bezeichnenderweise haben alle drei Kandidaten, Trump, Clinton und selbst Sanders, ein Retromodell für die Rettung der «traditionellen Arbeit» vorgeschlagen. Donald Trump will zurück in die 1950er-Jahre mit Kohle, schmutzigen Auspuffen und Heimchen am Herd. Hillary Clinton pries die Hochkonjunktur-Neunziger ihres Gatten Bill Clinton als Lösung an. Und Bernie Sanders hofft schliesslich auf eine Wiedergeburt des New Deal, der Wirtschafts- und Sozialreformen, die Franklin Roosevelt in der Rezession der 1930er-Jahre einführte.

Doch WirtschaftsexpertInnen sagen heute voraus, dass bereits 2020 mehr als die Hälfte der US-Arbeitskräfte ihr Geld selbständig, sprich ausserhalb geregelter Anstellungsverhältnisse, verdienen werden. Unzählige Arbeitsplätze sind von Automation bedroht. Angesichts dieser radikalen Veränderung der Arbeitswelt braucht es auf der Linken ein neues Paradigma, das Sicherheit und Stabilität im Leben umfassender begreift als die traditionelle linke Arbeiterbewegung. Die Feministinnen am Women's March machten es auf ihren Plakaten deutlich: Menschen sind nicht nur Lohnarbeitende, sondern auch Betreuer («caregivers»), Bürgerinnen, Eltern, Freundinnen, Kulturschaffende, Umweltschützerinnen. Die Linke hat diese andern Seiten des Lebens lange heruntergespielt, obwohl sie

ebenso wie die Lohnarbeit den Zwängen des Kapitalismus unterworfen sind. Identität und soziale Stellung sind untrennbar miteinander verknüpft. Die Begriffe gegeneinander auszuspielen macht keinen Sinn. Der entlassene Industriearbeiter erleidet nicht nur einen finanziellen Verlust, sondern auch eine tiefe Identitätskrise. Der junge Afroamerikaner erlebt nicht bloss Polizeigewalt, sondern auch Diskriminierung auf dem Arbeitsmarkt. Wird einer Frau das Recht auf reproduktive Selbstbestimmung genommen, bedroht das ihre Identität und ihre soziale Stellung.

4. Eine zukunftsgerichtete soziale Bewegung denkt und handelt nicht im nationalistischen Rahmen, sondern mit offenem Blick auf die Welt.

Angesichts des Aufstiegs unheimlicher Patrioten und Patriotinnen in Westeuropa und den USA ist es höchste Zeit, das Wort «Antiglobalisierung» auf den Misthaufen der Geschichte zu schmeissen. Unsere Welt ist und bleibt global vernetzt. Die linke Politik muss es ebenfalls sein. Wir müssen die linke Sicht auf den Nationalstaat sowie globale Perspektiven und Handlungsmöglichkeiten intensiv überdenken und verbessern. In den USA – und nicht nur da – hat sich bei den jüngsten Wahlen ein Graben aufgetan zwischen kosmopolitischen urbanen Räumen und einer oft randständigen ländlichen Bevölkerung. Gerade randständige, geografisch und ökonomisch isolierte Regionen setzten auf nationale Identität («Make America Great Again»). Nationale Identität bedeutete dabei für viele Trump-WählerInnen ein letztes Stück Heimat, ein Ort, an dem sie, die VerliererInnen der Globalisierung und technologischen Entwicklung, sicher sind, ein Ort, an dem sie jemand sind, ein Ort, der ihnen eine gewisse Würde und Grösse zugesteht. Eine erfolgreiche soziale Bewegung wird diesen Wunsch nach Zugehörigkeit und Selbstwert als menschliches Grundbedürfnis anerkennen und sich für diese Werte einsetzen. Den weltoffeneren Städten, wo fast zwei Drittel der US-Bevölkerung lebt, fällt dabei die wichtige Rolle zu, ländlichere, konservativere Regionen nicht zusätzlich durch Elitismus auszugrenzen, sondern politisch und wirtschaftlich zum Mitmachen in einer offenen Gesellschaft einzuladen. Der US-Politologe Benjamin Barber ist bezüglich der Effektivität von lokalisiertem, dezentralem Widerstand besonders optimistisch. Er meint: «Der Weg zum allgemeinen Wohlstand und auch der Weg zur globalen Demokratie führt heute nicht mehr durch den Nationalstaat, sondern durch die Städte.» (Barber 2017, Übers. der Autorin)

5. Die neue soziale Bewegung in den USA wird loser und flüchtiger sein als vergangene Proteste. Nur so, im Fluss, findet die Linke ihre Stimme im 21. Jahrhundert.

So absurd es angesichts der aktuellen Wall-Street-Lastigkeit der US-Regierung anmutet: Die Wahl von Donald Trump war für viele ein Aufbegehren

gegen «die in Washington», gegen das politische Establishment, gegen die Banker und Superreichen. Wie beim Brexit und ähnlichen Volksentscheiden spielten die eingesessenen Parteien und die Mainstream-Medien auch hier höchstens eine untergeordnete Rolle. Ihre einstige Autorität passt offenbar nicht mehr ins 21. Jahrhundert. Das kann für die neue breite Linke auch eine Chance sein. «So wie wir heute nicht mehr einen Job auf Lebenszeit ausüben, gehören wir auch nicht mehr lebenslang zu einer Gruppierung, Bewegung oder Partei. Wir haben heute ein buntes Mosaik aus individuellen Geschichten und vielen Bewegungen», sagt Laura Flanders und fügt gleich selbstkritisch hinzu: «Dass wir jahrzehntelang bloss eine lose Menge unterschiedlicher Taktiken hatten, machte uns verwundbar für den organisierten Angriff der Trump-Leute.» (Flanders 2017) Es braucht also in einer zeitgemässen sozialen Bewegung beides: Raum für Kreativität, ganzheitliches Denken, neue Ansätze, aber auch Organisationsformen, die die Machtfrage ernsthaft stellen. Am Willen zum Widerstand fehlt es in den USA jedenfalls nicht.

Literatur

Barber, Benjamin, 2017: In the Age of Trump, the Resistance Will Be Localized. www.thenation.com/article/in-the-age-of-donald-trump-the-resistance-will-be-localized (Abfrage 7.4.2017)

Flanders, Laura, 2017: Was können wir in dieser unheimlichen Zeit wirklich tun? Monatsinterview mit Laura Flanders, geführt von Lotta Suter (Teil 4). In: WOZ Die Wochenzeitung, 26.1., 4

Gore, Al, 2007: The Assault on Reason. London

Suter, Lotta, 2008: Kein Frieden mehr. Die USA im Kriegszustand. Zürich

Wallerstein, Immanuel, 2017: Resist? Resist! Why and How? iwallerstein.com/resist-resist-why-and-how (Abfrage 28.3.2017)

Wolf, Naomi, 2007: The End of America. Letter of Warning to a Young Patriot. Vermont